



Luftsicherheit: Wir brauchen Beinfreiheit!

Von Arnd Krummen, Mitglied im geschäftsführenden Bezirksvorstand

Bereits seit mehreren Jahren werden regelmäßig bei Überprüfungen an verschiedenen deutschen Flughäfen eklatante Sicherheitsmängel in der Luftsicherheit festgestellt – und das in Zeiten einer stetigen, zumindest abstrakten Terrorgefahr. Gleichzeitig gibt es für unsere dort eingesetzten Vollzugsbeamten kaum Perspektiven, die Abordnungsmaßnahmen aus der gesamten Republik scheinen uferlos und unsere eigenen Fluggastkontrollkräfte werden von der Behördenleitung als „aussterbende Art“ behandelt. Dass hier etwas gewaltig schief läuft ist offensichtlich.

Wir als Gewerkschaft der Polizei werden daher das Bundestagswahljahr 2017 auch dafür nutzen, unser Konzept für eine Neuorganisation der Luftsicherheit und einer Bündelung der Kompetenzen in Bundeshand nach vorne zu bringen. Und das bedeutet: Die Schaffung einer Anstalt des öffentlichen Rechts, einer sogenannten Bundesanstalt für Luftsicherheit.

Der heute bestehende Zuständigkeitsdschungel in der Luftsicherheit ist unverantwortlich. Die verschiedenen Aufgabenfelder, wie beispielsweise die Passagier-, Gepäck- und Frachtkontrollen, der Schutz des Flughafengeländes oder die Sicherheits- und Zuverlässigkeitsüberprüfung der am Flughafen Beschäftigten, obliegen derzeit einer Vielzahl von öffentlich und nicht öffentlich Beteiligten. Das erzeugt einen hohen Koordinierungsaufwand und erhebliche Regiekosten.

Entlastung für den Vollzug

Besonders die erhebliche Größenordnung von Polizeibeamtinnen und

-beamten, die zu Bestreifungsaufgaben im nicht öffentlichen Bereich der Flughäfen zur Sicherung des Flughafengeländes und für verwaltende Koordinierungsaufgaben eingesetzt werden, ist beträchtlich, wachsend kostenintensiv und nur durch enorme zusätzliche Abordnungen aus anderen Bundespolizeidienststellen zu leisten. Hinzu kommen beispielsweise Zugangskontrollen, Vorfeldstreifen, Ausschreibungsverfahren von Leistungen, Zertifizierungen, Beschaffung von Gerät für Dienstleister, Fortbildungsleistungen für Dritte, Anforderungsverfahren für Stundenkontingente von Dritten oder die Koordination Personalanforderungen für Passagierkontrollstellen.

Die dauerhaften Abordnungen aus dem gesamten Bundesgebiet sorgen für eine hohe Unzufriedenheit bei den Beschäftigten. Sie sind zudem äußerst kostenintensiv und reißen auch an anderen Dienststellen deutschlandweit erhebliche, empfindliche Sicherheitslücken. Die Bundespolizei muss daher selbst ein starkes Interesse daran haben, Polizeibeamtinnen und -beamte aus den Luftsicherheitsaufgaben freizusetzen und für andere Aufgaben zu verwenden.

Mit der Einführung einer Bundesanstalt für Luftsicherheit unter der Rechts- und Fachaufsicht des Bundesinnenministeriums würde die Bundespolizei im Bereich der Luftsicherheit erheblich von administrativen Aufgaben und Aufgaben entlastet, die nicht zwingend durch Polizeibeamte wahrgenommen werden müssen. Das frei werdende Personal könnte für andere Bundespolizeiaufgaben eingesetzt und die stetigen Abordnungsschleifen endlich beendet werden.

Arbeitsplatzsicherheit im Tarif

Hochgradig sicherheitsproblematisch und gewerkschaftlich untrag-



Foto: GdP

bar ist auch die derzeitige Praxis des Einsatzes privater Sicherheitsfirmen als Dienstleister. Zum einen ergeben sich grundsätzlich immer Schnittstellenprobleme im Verbund von staatlichem, unmittelbar weisungsempfänglichem Personal und externem Fremdpersonal. Zum anderen befinden sich sowohl die Tarifbeschäftigten des Fluggastkontrolldienstes, als auch die Beschäftigten der Privatfirmen in einem Arbeitsverhältnis ohne dauerhafte oder mit unsicheren Zukunftsperspektiven.

Die privaten Sicherheitsdienstleister zeichnen sich heute durch eine hohe Fluktuation und permanenten Personalmangel aus – mit Einfluss auf die Passagierabfertigung. Grund dafür sind die teils undurchsichtigen Rekrutierungen von Personal über die Arbeitsämter, die für die Umschulung gutes Geld zahlen. Leider bleiben dabei jedoch die Beschäftigten selbst oft auf der Strecke und werden mit einem Zeitvertrag

Fortsetzung auf Seite 2



Fortsetzung von Seite 1

abgespeißt. Auch unsere zuständige Schwestergewerkschaft ver.di thematisiert diese Praxis regelmäßig. Zudem birgt diese Praxis die Gefahr, dass nicht ausreichend sicherheitsüberprüftes, nur mangelhaft ausgebildetes bzw. nicht nach § 5 LuftSiG Personal durch private Sicherheitsdienste eingesetzt wird.

Den Tarifbeschäftigten der Bundespolizei hingegen wird bereits seit längerem die Zukunftsperspektive genommen – „künftig wegfallend“ heißt es dazu. Obwohl genau diese Fachkräfte für die öffentliche Sicherheit so wichtig sind! Wir setzen uns daher auch für die

Schaffung eines anerkannten Ausbildungsberufes „LuftsicherheitsassistentIn“, mit entsprechender Berufskontinuität ein.

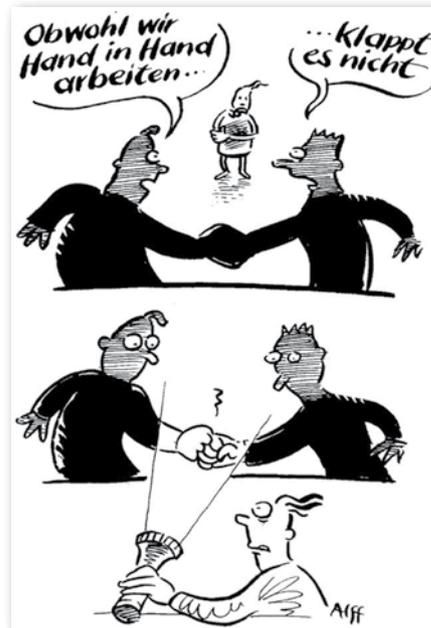
Die Bundesanstalt für Luftsicherheit könnte nach unserer Vorstellung vollumfänglich in eigener Zuständigkeit die Personalverantwortung und Arbeitgeberschaft für ausschließlich nur noch mit den Aufgaben zu betreuende Luftsicherheitsassistenten des Bundes übernehmen, einschließlich Sicherheitsüberprüfungen, Schulungen und Qualifizierungen. Die „Luftsicherheitsassistenten des Bundes“ können aufgrund des Berufsbildes und des Qualifizierungsniveaus in den der Anstalt des öffentlichen Rechts obliegenden verschiedenen Tätigkeitsfeldern schwerpunktgerecht und flexibel eingesetzt werden.

Für alle qualifizierten Beschäftigten der Luftsicherheit aus dem Bestandspersonal, sei es im öffentlichen Dienst oder bei den privaten, wäre so auch ein Wechsel in das Beschäftigungsverhältnis als Luftsicherheitsassistent des Bundes möglich und damit eine dauerhafte Anstellung in einem verantwortungsvollen und anerkannten Beruf mit echter Zukunftsperspektive.

Attraktiv für die Wirtschaft

Die Gewährleistung der Luftsicherheitsaufgaben ist auch aus vielfältigen Gründen ein Kosten- und Wirtschaftsfaktor und eng verzahnt mit den Interessen der Flughafenbetreiber und der Luftfahrtunternehmen. Auch deswegen ist es sinnvoll und zielführend, die in der Hand des Bundes gebündelten Kompetenzen und Aufgaben in eigener wirtschaftlicher Betriebsform zu organisieren. Die Unübersichtlichkeit durch föderalistische Strukturen (Sicherheitsüberprüfungen) und die Vielzahl privater Sicherheitsakteure würden durch eine bundeseinheitliche Bündelung ersetzt. Deutschlandweit wäre somit nur noch ein Ansprechpartner für alle sicherheitsrelevanten Themen zuständig – Sicherheit aus einem Guss.

Alle Prozesse der bedarfsgerechten Fluggaststeuerung und Koordination des Personaleinsatzes der Luftsicherheit an den Flughäfen



Deshalb lieber Kräfte bündeln: Luftsicherheit aus einer Hand! Karikatur: Aiff

würde durch die Bundesanstalt und in enger Abstimmung mit den Flughafenbetreibern erfolgen. Auch alle Prozesse im Zusammenhang mit der Bemessung, Beitreibung und Verwertung von Gebühren nach der Kostenverordnung der Luftfahrtverwaltung würden so zentralisiert. Für die Flughafenbetreiber hätten die so entstehenden administrativen und operativen Synergieeffekte erhebliche Verbesserungen: Klare Strukturen und Ansprechpartner, zuverlässige Abfertigung, Prozessoptimierung, besserer und freundlicherer Service, einheitliches Auftreten und Kostensenkung.

Echte öffentliche Sicherheit

In der Vergangenheit wurde die Übergabe sicherheitsrelevanter Aufgaben an Privatfirmen in der Hauptsache aus dem Blickwinkel der Kostenminimierung angestrebt. Hier braucht es eine Abkehr von der Sparpolitik. Denn Gefahrenabwehr muss immer Vorrang vor Gewinnoptimierung haben. Mit einer dem Bundesministerium des Innern unterstellten Bundesanstalt läge der Schutz der öffentlichen Sicherheit im Bereich der kritischen Infrastruktur Luftverkehr wieder da, wo es hingehört: in der öffentlichen Hand. Die Bundespolizei nähme weiterhin die Aufgaben der Strafverfolgung



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Bezirk Bundespolizei**

Geschäftsstelle:
Forststraße 3a,
40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-0
Telefax (02 11) 71 04-555
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion:
Dr. Hartmut Kühn (V.i.S.d.P.)
Forststraße 3a,
40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-0
Telefax (02 11) 71 04-555
Internet: www.gdp-bundespolizei.de
E-Mail: info@gdp-bundespolizei.de
Anja Scheuermann
Tel.: 0211-7104514
E-Mail: scheuermann@gdp-bundespolizei.de

Die Redaktion behält sich vor,
LeserInnenbriefe gekürzt zu veröffentlichen.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte
übernehmen wir keine Gewähr. Namentlich
gekennzeichnete Artikel stellen nicht in
jedem Fall die Meinung der Redaktion dar.
Nachdruck und Verwertung, ganz oder
teilweise – auch in elektronischen Medien –
nur mit ausdrücklicher Genehmigung der
Redaktion.
Dies gilt auch für die Aufnahme in
elektronische Datenbanken und Mailboxes
sowie für Vervielfältigungen auf CD-ROM.

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 39
vom 1. Januar 2017

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42–50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-2836



KOMMENTAR

und Gefahrenabwehr bei besonderen, konkreten Gefahrenlagen, die Anforderungsbeschreibung und die Prüfung der Einhaltung der Vorgaben wahr.

Und auch ein weiteres, ganz praktisches Problem ließe sich damit umgehend lösen: Die heute mangelhafte Identitätsfeststellung von Bordkarteninhabern beim Betreten nicht öffentlicher Bereiche oder des Flugzeuges. Denn Beschäftigte einer Bundesanstalt wären im Rahmen einer Aufgabenzuweisung auch zu Identitätsfeststellungen befugt.

Bundesanstalt schaffen!

Kurzum: Die vorgeschlagene Neuordnung der Luftsicherheitsaufgaben im Zuständigkeitsbereich des Bundes könnte innerhalb relativ kurzer Zeit erheblich Polizeikräfte des Bundes freisetzen. Durch die Organisationsform der Bundesanstalt des öffentlichen Rechts ist eine kostengünstige und betriebswirtschaftlich sinnvolle Organisationsform möglich. Eine zentral gebündelte Zuständigkeit schafft zudem eine bessere Lage- und Kontrollübersicht über die Tätigkeiten

der im Bereich der Luftsicherheit eingesetzten Kräfte und die jeweilige Sicherheitslage. Durch die Bündelung von personellen Kompetenzen und materiellen Ressourcen in einer Hand ist eine schnelle und flexible Reaktion mit qualifiziertem Personal auf Sicherheitslageveränderungen zwischen den einzelnen Einsatzbereichen (Fracht, Gepäck, Passagiere, Vorfeld, Maschinen) und eine kontinuierliche Personalauslastung im Wechsel von nachfragestarken und -schwachen Zeiten möglich. Dafür treten wir auch weiterhin ein!

VERABSCHIEDUNG



Günter Rinks Abschied in den Ruhestand im großen Kreis der Gratulanten und langjährigen Kollegen ...

Am Dienstag, dem 31. Januar 2017, war es soweit: In feierlichem Rahmen wurde unser Kollege Günter Rink aus dem aktiven Dienst in den Ruhestand verabschiedet. Zahlreiche Weggefährten, Kolleginnen und Kollegen der Behörde sowie Gäste aus Politik und Gewerkschaft würdigten seine Verdienste für die Bundespolizei und die GdP.

Vom 1. Oktober 1974 bis zu seinem Ruhestandsdatum hat Günter Rink wie kein anderer bewiesen, dass man sich mit Menschlichkeit und Fachwissen über das Maß hinaus für das Ganze, die Kolleginnen und Kollegen, einbringen kann.

Der Leiter der KB Halle, Herr Pfau, der Vizepräsident der BPOLD Pirna, Herr Brall, MdB Dr. Diaby, die Vertre-

ter der Gewerkschaft der Polizei, Jupp Scheuring, Sven Hüber und Etienne Frankenfeld, dankten Günter für sein jahrelanges Engagement und seinen großen persönlichen Einsatz. Bei Kaffee, Schnittchen und Suppe konnte mit Fotos und persönlichen Erinnerungen noch einmal auf den über 40-jährigen Lebensabschnitt zurückgeblickt werden.

Wohl überlegt waren auch die Geschenke, die durch die Vertreter unserer GdP und des Gesamtpersonalrats der BPOLD Pirna überreicht wurden. Hier wird sicher Günters Frau ein glückliches Händchen bei der Terminfindung der Ausflüge beweisen – so wie sie bewiesen hat, Günter in seinen schweren Stunden der Krankheit beizustehen und Stress von ihm

fernzuhalten. Ganz in Günters Sinne wurde als „letzte“ Amtshandlung noch ein Charity-Lauf für das Universitätsklinikum Halle beschlossen, an dem sich alle Beteiligten gern anschließen wollen.

Dir, lieber Günter, die allerbesten Glückwünsche zum Ruhestand, unseren herzlichsten Dank für Deine Erregenschaften für die GdP-Direktionsgruppe Mitteldeutschland und nicht zu vergessen, der allergrößte Dank von den vielen Kolleginnen und Kollegen, denen Du in all Deinen Jahren durch Deine Tätigkeiten in der Personalvertretung geholfen hast!

Wir wünschen Dir für die Zukunft alles Gute, viel Gesundheit und einen erfüllten Ruhestand!

Etienne Frankenfeld für die GdP-Direktionsgruppe Mitteldeutschland



... Stefan Pönitsch, Mario Gottschalk, Günter Rink, Sven Beyer, Ulf Aderholz, Sven Hüber, Josef Scheuring, Martin Schmitt und Etienne Frankenfeld.

Fotos: GdP



SENIOREN

Am 7. Februar trafen sich Seniorinnen und Senioren der Kreisgruppe Pirna zu ihrer Mitgliederversammlung.

Zu Beginn verfolgten die Teilnehmer aufmerksam einen Vortrag zum Steuerrecht für Rentner und Pensionäre. Der Referent Herr Willkommen beantwortete geduldig Fragen und räumte Unklarheiten aus. Im zweiten Teil der Mitgliederversammlung stand der Rechenschaftsbericht und die Neuwahl eines neuen Vorstandes für unsere Seniorengruppe auf der Tagesordnung.

Mit dem Tätigkeitsbericht für den Zeitraum Mai 2013 bis Januar 2017 ließ der Vorsitzende Olaf Beyer die durchgeführten Aktivitäten unter-

schiedlichster Art Revue passieren: zum Beispiel Gratulationen zu 65., 70. und 75. Geburtstagen, Vorträge zum Verkehrsrecht und Gesundheit, Bowlingturniere, Tagefahrten u. a. nach Prag, Potsdam, Leipzig und in die Oberlausitz, sowie die regelmäßigen Stammtischrunden.

Obwohl die Seniorengruppe einen Mitgliederzuwachs von 73 (2013) auf 94 (2017) Kolleginnen und Kollegen verzeichnen kann, mussten wir im Berichtszeitraum auch fünf Sterbefälle zur Kenntnis nehmen. Mit einer Schweigeminute gedachten wir den Verstorbenen.

Nach der Diskussion zum Rechenschaftsbericht und der Entlastung des alten Vorstandes wurden die auscheidenden Vorstandsmitglieder Olaf Beyer und Wolfgang Fischer vom Vorsitzenden der GdP-Kreisgruppe Pirna, Wolfgang Schmidt, verabschiedet und mit einem Präsent für den Aufbau der Seniorengruppe 2008 und ihre langjährige aktive Tätigkeit im



Wolfgang Schmidt dankt dem langjährigen Seniorenvorsitzenden Olaf Beyer für seine Arbeit; Zum Dank gibt es von Vorstandsmitglied Ina Völkel einen Präsentkorb.
Fotos: GdP



Der neu gewählte Seniorenvorstand der KG Pirna.

Vorstand geehrt. Dank und Anerkennung für die geleistete Arbeit erhielten beide auch vom Vorstand und den Mitgliedern der Seniorengruppe selbst.

Für die Neuwahl gab es vier Kandidatenvorschläge, deren Wahl einstimmig erfolgte.

Nach der Konstituierung besteht der neue Vorstand nun aus der Vorsitzenden Petra Ehm, ihrem Stellvertreter Steffen Hanke, dem Kassenarter und Schriftführer Wolfgang Blaschke sowie Dieter Solder als Beisitzer. Wir wünschen den Kolleginnen und Kollegen gutes Gelingen bei ihren Aufgaben!
Wolfgang Fischer

VORSTANDSSITZUNG

Fast genau vor einem Jahr tagten Vorstand und Ortsgruppenvorsitzende der Kreisgruppe Zoll Nord zum ersten Mal gemeinsam in Form einer erweiterten Vorstandssitzung im Offiziersheim der Bundesmarine in Warnemünde/Hohe Düne.

Aufgrund des positiven Echos der Tagungsteilnehmer entschloss sich der Vorstand, auch die diesjährige Sitzung hier durchzuführen. Wieder gab es einen umfangreichen Katalog an Tagesordnungspunkten abzuarbeiten: Themen waren u. a. die Mitgliederentwicklung und Mitgliederwerbung, die „unendliche Geschichte“ um die Einführung der neuen Dienstbekleidung, die Sport- und Schießausbildung einschließlich Eigensicherungskonzept und Einsatztraining sowie die sich aus der ge-

planten Zusammenlegung der Hauptzollämter in Hamburg ergebenden Aufgaben für die KG Nord. Besonders diskutiert wurden auch die zahlreichen Probleme beim Wasserzollendienst und die nicht hinzunehmende personelle Unterbesetzung beim Zollamt Waltershof.

Nach umfassender Diskussion kamen die Tagungsteilnehmer zu dem Eindruck, dass im Rahmen des von uns durchweg begrüßten betrieblichen Gesundheitsmanagements an den verschiedenen Dienststellen sehr unterschiedlich verfahren wird. Es scheint kein einheitliches Konzept für das betriebliche Gesundheitsmanagement zu geben und die ein oder andere Leitung an den Ämtern nach Gutdünken zu verfahren. Wir werden uns in den Gremien dafür einsetzen, dass man sich zukünftig an den Positivbeispielen orientiert.

Aber es gab auch erfreuliche Punkte: So konnte der Kreisgruppenvorsitzende Manuel Korthals die Kollegen Frank Scheffler und Marcel Michelau zu ihrer 25-jährigen Gewerkschafts-



Manuel Korthals überreicht die Ehrenurkunde an Marcel Michelau.
Foto: GdP



VORSTANDSSITZUNG

zugehörigkeit gratulieren und neben den Urkunden auch kleine Präsente überreichen.

Außerdem wurde mit der Kollegin Manuela Proske eine direkte Ansprechpartnerin vor Ort für die Frauengruppe der BZG Zoll gewählt. Zukünftig soll es auch für die JUNGE GRUPPE einen entsprechenden An-

sprechpartner bzw. eine Ansprechpartnerin geben.

In einem Jahr endet die gegenwärtige Legislaturperiode des jetzigen Kreisgruppenvorstandes. Bis dahin wird es noch eine Menge Arbeit geben. Die diesjährige erweiterte Vorstandssitzung hat die Schwerpunkte dazu aufgezeigt.

Die Kreisgruppe Zoll Nord dankt besonders der OHG und der Unterkunftsverwaltung der Bundesmarine Warnemünde/Hohe Düne für die tatellose Betreuung und Unterstützung unserer Veranstaltung.

Gerd-Frank Mattetat für die GdP-Kreisgruppe Zoll Nord

POLITISCHE GESPRÄCHE



Der Bundestagsabgeordnete Michael Frieser (Mitte) zeigte sich sowohl an den gewerkschaftspolitischen Ausführenden von Jörg Radek (rechts) ...

Am 10. 2. 2017 trafen der GdP-Betriebsvorsitzende Jörg Radek und der Vorsitzende der GdP-Direktionsgruppe Bayern, Andreas Roßkopf, den Bundestagsabgeordneten Michael Frieser in der Bundespolizeiinspektion Nürnberg. MdB Frieser ist direkt gewählter Bundestagsabgeordneter für Nürnberg-Süd und Schwabach, Demografiebeauftragter der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, ordentliches Mitglied im Innenausschuss des Bundestags sowie innen- und rechtspolitischer Sprecher der CSU-Landesgruppe.

Das Spitzentreffen wurde auf Initiative der GdP-Kreisgruppe Nürnberg organisiert. Der stellvertretende Kreisgruppenvorsitzende Wolfgang Stolz dankte dem Abgeordneten für seinen Besuch. Dadurch zeige er sein Interesse und seine Solidarität mit den Bundespolizistinnen und Bundespolizisten, die jeden Tag aufs Neue für unser Land ihren Dienst leisten und seit Jahren „nicht mehr aus den Stiefeln“ kämen.

Frieser machte zu Beginn seines Besuches deutlich, dass er ehrlich

wissen wolle, wo der Schuh bei der Bundespolizei, vor allem in Nürnberg, drückt. Daraufhin wurden ihm aus Sicht der GdP-Kreisgruppe Nürnberg die dringlichsten Probleme aufgezeigt: Die fehlende Inhouse-Versorgung mit Digitalfunk im Nürnberger Hauptbahnhof und die fehlende Kameraüberwachung am Hauptbahnhof in Augsburg. Zudem braucht die Bundespolizei dringend die gesetzliche Grundlage für eine verdachts- und ereignisunabhängige Kontrollbefugnis an Bahnhöfen und in Zügen. Auch auf die Personalnot in den Revieren und das hohe Durchschnittsalter der Kollegen wurde deutlich hingewiesen.

Jörg Radek und Andreas Roßkopf dankten dem Abgeordneten für die enormen Verbesserungen im Personal- und Sachhaushalt. Doch es gebe durchaus noch Handlungsbedarf zugunsten der Bundespolizisten. Jörg Radek merkte unter anderem an, „dass nun auch etwas für die Beamten getan werden müsse, die bereits heute täglich ihren Dienst für unser Land leisten“. Er sprach unter anderem die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage oder einen Kaufkraftausgleich für Hochpreisregionen an. Zudem merkte Radek an, dass es an der Zeit für eine kritische Betrachtung aller bundespolizeilichen Aufgaben sei. Besonders die personalintensive Aufgabe der Luftsicherheit müsse auf den Prüfstand, damit auch Ressourcen für die ausgebluteten Bahnpolizeidienststellen frei

würden. Andreas Roßkopf erläuterte zudem, dass die erhöhten Einstellungszahlen durchaus sehr positiv und absolut notwendig sind, aber das Mehrpersonal frühestens 2019 bzw. 2020 spürbar werde. Eine Ausbildung zu einem gut qualifizierten Polizisten dauere eben 2,5 bzw. drei Jahre. Somit sei noch eine ganze Weile durchhalten angesagt.

Abschließend lobten Radek und Roßkopf auch den Gesetzesentwurf zur Stärkung des Schutzes von Vollstreckungsbeamten/-innen und Rettungskräften. Mit diesem längst überfälligen Gesetzesentwurf werde ein Instrument geschaffen, um die steigende Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte wirksam bekämpfen zu können.

Der Abgeordnete Frieser dankte allen beteiligten Gesprächspartnern für die offenen Worte und merkte an, dass dies sicherlich nicht sein letzter Besuch bei der Bundespolizeiinspektion in Nürnberg sein werde. Mit einem Rundgang durch die neu renovierten Inspektionsräume endete sein Besuch in Nürnberg.

Andreas Roskopf, für die GdP-Direktionsgruppe Bayern



... als auch an den ganz praktischen Problemstellungen der Kollegen/-innen vor Ort sehr interessiert.
Fotos: GdP



FRAUENGRUPPENGRÜNDUNG



Ines Rilling (Mitte rechts) mit ihrem Team und Bezirksfrauenvorstand Martina Braum (rechts).
Foto: GdP

„Gewerkschaft ist zu wichtig, um sie allein den Männern zu überlassen!“ Daher folgten neun engagierte Frauen aus dem Bereich der Bundespolizeidirektion Stuttgart dem Aufruf, eine Frauengruppe zu gründen. Unser Motto zum Internationalen Frauentag („Seid laut! Denn nur DENKEN hört man nicht.“) in diesem Jahr zum Anlass nehmend, fand am 1./2. März die Sitzung zur Gründung einer Frauengruppe im schwäbischen Wildberg statt.

Begrüßt wurden die Frauen, die aus Offenburg, Karlsruhe und Stuttgart angereist waren, durch den Vorsitzenden der GdP-Direktionsgruppe Baden-Württemberg, Berthold Hauser. Er berichtete von aktuellen gewerkschaftlichen Themen, was von den

Anwesenden mit großem Interesse aufgenommen und anschließend rege diskutiert wurde.

Bei der Wahl des Vorstandes wurde Ines Rilling aus der Bundespolizeidirektion Stuttgart als Vorsitzende gewählt. Ines war Teilnehmerin am Personalentwicklungsprojekt der GdP-

Frauen Bund und ist seit 2015 Mitglied im Örtlichen und im Gesamtpersonalrat. Es zeigt sich hierbei, dass die gezielte „Nachwuchsarbeit“ Frauen in der Gewerkschaft wichtig ist. Als Stellvertreterinnen wurden Janet Stammer von der Bundespolizeiinspektion (BPOLI) Stuttgart (ebenfalls seit 2015 Mitglied im Örtlichen Personalrat) und Silke Weidle von der BPOLI Karlsruhe gewählt. Sina Münster, ebenfalls von der BPOLI Stuttgart, erklärte sich bereit, als Schriftführerin im Vorstand tätig zu werden. Neugierig und erwartungsvoll schaut der neu gewählte Vorstand auf die kommende gemeinsame Zeit.

Der Einladung folgte auch Martina Braum aus Oerlenbach als Vertreterin

des geschäftsführenden Bezirksfrauenvorstandes. Ihre herzlichen Worte und die damit verbundenen Motivationswünsche, sich laut und aktiv als Frau in die gewerkschaftliche Arbeit miteinzubringen, fand großen Anklang. Einen besonderen Augenmerk warfen die Teilnehmerinnen dann gemeinsam auf die Themen geschlechterbezogene Ausrüstung und Ausstattung sowie die Work-Life-Balance. Sehr entspannt endete dieser erste Tag bei Progressiver Muskelentspannung nach Jacobsen.

Für den zweiten Tag konnten wir Manuela Rukavina, ver.di-Kollegin, 1. Vorsitzende des Landesfrauenrates Baden-Württemberg und Trainierin/Coach aus Stuttgart, gewinnen. Mit neuen Blickwinkeln zum Thema „Mein Stress und ich – eine Liebesbeziehung“ verbrachten wir einen kurzweiligen Vormittag. Wir erfuhren, wie wichtig es ist, in stressigen Momenten sehr achtsam mit sich selbst zu sein; wie es sich mit unseren verschiedenen Rollen als Frau, Mutter, Schwester, Freundin, Kollegin, Personalrätin und Gewerkschafterin verhält; wie wir uns durch unsere eigenen Ansprüche vielleicht unseren Alltag unnötig schwer machen und wo sich unsere Komfortzone befindet.

Wir Frauen waren uns einig - diese zwei Tage waren ein gelungener Start. Wir haben über vieles nachgedacht – jetzt kommt die Zeit LAUT zu werden. Freut euch auf uns!
Ines Rilling

POLITISCHE GESPRÄCHE

Auch die Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Marlene Mortler (CSU), unterstützt GdP-Kampagne „AUCH MENSCH“. Das und weitere interessante Fakten erfuhren die Kolleginnen und Kollegen der Bundespolizeiinspektion Nürnberg, als die Bundestagsabgeordnete am 31. Januar einer Einladung der GdP-Kreisgruppe Nürnberg dorthin gefolgt war. Für die GdP nahmen der Kreisgruppenvorsitzende Lothar Jäckisch, sein Stellvertreter Wolfgang Stolz und der örtliche Personalratsvorsitzende Rudolf Oppel an dem Gespräch teil.

Mortler zeigte großes Interesse an den Gesprächen mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, der GdP und der Dienststellenleitung. Mit der Kampagne „AUCH MENSCH – Polizei im Spannungsfeld“ macht die GdP bereits seit einigen Jahren deutlich, dass die Grenzen des Erträglichen überschritten sind: Gewalt ge-

genüber Polizistinnen und Polizisten darf nicht toleriert werden. Als Drogenbeauftragte der Bundesregierung hofft Marlene Mortler, der Polizei mit dem kürzlich in Kraft getretenen Neue-psychoaktive-Stoffe-Gesetz (NpSG) ein wirksames Instrument gegen NPS-Dealer an die Hand gegeben zu haben. Außerdem berichtete Mortler von ihrem Engagement gegen die Modedroge Crystal Meth.

Gerade Personen unter dem Einfluss von Crystal Meth und einigen anderen synthetischen Drogen fallen durch ihr aggressives Verhalten gegenüber Polizistinnen und Polizisten besonders auf. Nach Meinung der Abgeordneten könne es nicht sein, dass Angriffe gegenüber Polizeivollzugsbeamten/-innen und Polizeivollzugsbeamten toleriert werden. Deshalb kündigte die Politikerin an, sehr aufmerksam das aktuelle Gesetzgebungsverfahren zur Stärkung des



Wolfgang Stolz, Lothar Jäckisch, Rudolf Oppel, MdB Marlene Mortler und Dienststellenleiter Albert Blersch.
Foto: GdP

Schutzes von Vollstreckungsbeamten/-innen und Rettungskräften verfolgen und unterstützen zu wollen.

**Wolfgang Stolz,
für die GdP-Kreisgruppe Nürnberg**



GEEHRT

80 Jahre Mitgliedschaft? Nein, zweimal 40 Jahre Treue zur Gewerkschaft der Polizei in Kiel und Flensburg! Im Rahmen ihrer Mitgliederversammlung ehrten die Kreisgruppenvorsitzenden Dirk Stooß und Dirk Hansen die Kollegen Dirk Schlichting und Rainer Eggert für jeweils 40 Jahre Mitgliedschaft in der GdP mit Eh-



Dirk Hansen gratuliert Rainer Eggert und ...

renurkunde, Anstecknadel, einer guten Flasche Wein und einem kleinen Präsent. Die Vorsitzenden übermittelten auch die Grüße des GdP-Bezirksvorsitzenden Jörg Radek.

Sie machten in einer kurzen Rede deutlich, dass jedes Mitglied einer Gewerkschaft egal wichtig ist, um die gesteckten Ziele bei der Verbesserung der Arbeits- und Lebensumstände für die Kolleginnen und Kollegen zu erreichen. Dabei ist es heute nicht mehr selbstverständlich, sich über so viele Jahre in einer Gewerkschaft zu organisieren.

Dirk Schlichting war viele Jahre als Fahrlehrer in der Bundespolizei, u. a. auch in Ratzeburg, tätig und ist nun seit vielen Jahren als Kontroll- und Streifenbeamter bei der BPOLI Kiel im Revier Lübeck eingesetzt.

Rainer Eggert, dessen dienstliche Vergangenheit in Schwarzenbeck liegt, ist nach vielen Verwendungen in der Bundespolizei nunmehr bei der Inspektion Kriminalitätsbekämpfung mit Dienstort Flensburg tätig. Darüber hinaus ist er Vertrauensmann der



... Dirk Schlichting erhält seine Urkunde von Dirk Stooß. Foto: GdP

GdP und Mitglied im örtlichen Personalrat.

Wir wünschen beiden Kollegen Gesundheit und Wohlergehen und danken für Eurer Engagement und Eure langjährige Treue!

Dirk Stooß, für die GdP-Direktionsgruppe Küste

INTERNATIONALE POLIZEI MISSION

Im Rahmen einer zwischen dem Bundesinnenministerium (BMI) und dem Bundespolizeihauptpersonalrat (BHPR) vereinbarten Betreuungsreise besuchte Roland Voss, Mitglied im BHPR und im GdP-Bezirksvorstand, zusammen mit Vertretern von BMI und Bundespolizeipräsidium die Kollegen der UN-Mission in Somalia. Im gleichen Zeitraum fanden in dem Land am Horn von Afrika Wahlen statt. Seit mehr als zwei Jahrzehnten gab es dort keine funktionierende Zentralregierung.

Das internationale Polizeiteam in Somalia wird von dem Bundespolizisten Christoph Buik hervorragend geleitet. In den zahlreichen Gesprächen, die Roland Voss u. a. mit Repräsentanten der Vereinten Nationen, Polizisten unterschiedlicher Nationen und der Bundespolizei führte, kam sowohl die Wichtigkeit der Mission, als auch die herausragende Qualität der Arbeit der eingesetzten Kräfte zum Ausdruck. Der Arbeit unserer Kollegen hier kann nicht genügend Respekt und Anerkennung ausgesprochen werden!

Funktionierende Verwaltungsstrukturen aufzubauen und eine in-

takte Polizei zu schaffen, sind Grundvoraussetzungen, damit demokratische Wahlen stattfinden können. Daher kann zumindest zur Wahl festgehalten werden, dass noch am Abend der Stimmenauszahlung der unterlegene dem neu gewählten Präsidenten gratuliert und zusagte, eine ordnungsgemäße Amtsübergabe durchzuführen. Gleichzeitig erklärte der neue Präsident, dass er den begonnenen „Policing“-Prozess fortführen möchte. Ein Erfolg, der sicherlich ohne UN und ohne unsere Kollegen nicht möglich gewesen wäre. Das macht Hoffnung auf positive Entwicklungen bei der Bekämpfung von Fluchtursachen.

Die Herausforderungen für den neuen Präsidenten Farmajo und die



Roland Voss (BHPR), Marcus Pürchel (BMI), Thomas Urny (BPOLP), Christoph Buik (Leiter UN-Polizeimission Somalia), Paul Grupp, Reiner Timmerbell und Volker Eggert (Police Advisor) Foto: GdP

UN-Friedenstruppen werden der Wiederaufbau des wirtschaftlich ruinierten Landes und die Stärkung der Demokratie sein. Dabei kommt dem Kampf gegen die Islamistenmiliz Al Shabaab besondere Bedeutung zu, denn die sunnitischen Extremisten wollen seit Jahren einen „Gottesstaat“ errichten. Wir wünschen unseren Kollegen weiterhin viel Erfolg und Gesundheit!

Roland Voss



LUCKY STARS

Grafik: GdP

Schon gewusst? Alle Mitglieder des GdP-Bezirks Bundespolizei profitieren von lukrativen Angeboten unserer Kooperationspartner. Ob Fitness, Shopping oder Freizeitspaß – hier ist für jeden etwas dabei!

So bietet die myfone GmbH beispielsweise exklusive Tarife in den Bereichen Telekommunikation und Television für geschlossene Nutzergruppen an: zum Beispiel der großen Telekommunikationsanbieter

und darüber hinaus gibt es Angebote zu Sky und Komplettpakete mit TV und Internet.

Die GdP-Service GmbH ist das Reisebüro der Gewerkschaft der Polizei im Landes-

bezirk Nordrhein-Westfalen. Auch Mitglieder des Bezirks Bundespolizei genießen hier die Mitgliedervorteile, denn der GdP-Reiseservice bietet die Möglichkeit, Reisen aller bekanntesten Veranstalter mit einem Reisekostenzuschuss von bis zu 5% zu buchen!

Exklusiv für Mitglieder gibt es auch 5% Rabatt und kostenfreien Versand bei allen Onlinebestellungen bei www.otto.de, für alles was

das Leben schöner, einfacher und bequemer macht: Die neuesten Trends aus Mode und Technik, neue Ideen für ein schönes Zuhause und vieles mehr.

Außerdem gibt es günstige Angebote in den adidas Concept Stores, bei der Sixt Autovermietung, für Stars in Concert, beim Hotelbuchungsportal HRS und vielen mehr.

Und ganz neu dabei ab 1. April: Mc Fit – Mit 1,4 Millionen Mitgliedern Europas Nummer Eins in Sachen Fitness. GdP-Mitglieder trainieren dort für nur 16 Euro (statt 19,90 Euro) im Monat und ohne Aktivierungsgebühr (19 Euro).

Weitergehende Informationen zu allen „Lucky Stars“ und immer die neuesten Angebote sind auf unserer Homepage www.gdp-bundespolizei.de über den Button „Lucky Stars“ einsehbar. **AS**

SENIORENVORSTAND

Alles andere als eine Kaffeefahrt! Am 1. und 2. März 2017 fand die Sitzung des Bezirkssenorenvorstandes unter Leitung des Vorsitzenden Peter Schütrumpf im schönen hessischen Bad Hersfeld statt. Der stellvertretende GdP-Bezirksvorsitzende Rüdiger Maas begrüßte die Seniorinnen und Senioren im Namen des GBV und gab einen Einblick in aktuelle gewerkschaftspolitische Themen.

Dann ging es auch schon los: Es galt viele interessante Tagesordnungspunkte abzuarbeiten und dabei ging es für unsere Rentner/-innen und SeniorInnen auch um ganz elementare, ja existenzielle, Themen. So kommt es bei der Beihilferechnung durch das BADV (Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen) weiterhin zu weit verspäteten Berechnungen der Anträge und infolge dessen auch zu verspäteten Auszahlungen. Bei diesen durch die Seniorinnen und Senioren verauslagten Summen geht es in Einzelfällen um bis zu fünfstelligen Beträge. Dieses Thema beschäftigt uns schon seit langer Zeit und ist nicht hinnehmbar: – wir wollen die offensichtlichen Unfähigkeiten irgendwelcher Behördenstränge nicht mit unserem Geld bezahlen! So die einhellige Meinung der (Un-)Ruheständler. Rüdiger Maas sagte den Seniorenvertretern zu, diesen unhalt-



Der GdP-Bezirkssenorenvorstand zusammen mit dem stellv. GdP-Bezirksvorsitzenden Rüdiger Maas (links) und dem zuständigen hauptamtlichen Referenten Alexander Teichert (4. von links). Foto: GdP

baren Zustand zeitnah erneut im Bundesinnenministerium vorzutragen.

Einen Großteil der Sitzungszeit beschäftigte sich der Vorstand mit den Vorbereitungen der anstehenden Bezirkssenorenkonferenz wie auch mit der personellen Aufstellung des zukünftigen Vorstandes. Resümierend befand man die bisher durch die Seniorengruppe erarbeiteten Broschüren und Flyer als sehr gut und zielführend. Auch wird die Seminarreihe „Vorbereitung auf den Ruhestand“ durch die Zielgruppe mehr als sehr gut auf- bzw. angenommen. Hier muss das Angebot auf jeden Fall wei-

ter ausgebaut werden, da waren sich die Vertreter/-innen der Direktionsgruppen einig. Das Portfolio der Tagesordnung ging weiter über Themen wie Ehrungen der Jubilare in den Kreisgruppen, Machbarkeit und Möglichkeiten der Betreuung in bundesweit aufgestellten Direktionsgruppen bis hin zu interessanten Einzelfallbeschreibungen.

Der stellvertretende Vorsitzende der Seniorengruppe, Wolfgang Kubik, brachte es am Ende der Veranstaltung auf den Punkt: „Ja, im Alter – da geht noch was!“

Glück auf! Euer Rüdiger Maas

